



Indien gerät zunehmend aus den Fugen. Das gilt innen wie außenpolitisch. Es trifft auf die sozioökonomische Lage wie das Parteienspektrum zu. Jüngster Ausdruck all dessen sind die Auflösung des Parlaments Mitte März und die für Mai angesetzten Neuwahlen. Dem "Übergangspremier" Chandra Shekhar entzog die Kongreßpartei die notwendige Unterstützung, nachdem dieser sich erst im vergangenen November aus der Ende 1989 gewählten Regierung der 'Nationalen Front' unter V.P. Singh gelöst hatte.

Die aktuelle Situation ähnelt äußerlich der Entwicklung in Indien am Ende der 70-er Jahre. Indira Gandhi war bedingt durch ihr Notstandsregime diskreditiert, und ein Anti-Kongreß-Bündnis gewann 1977 erstmals eine Wahl gegen die Nehru-Gandhi-Dynastie. Bald schon zerbrach das Bündnis an seinen inneren Widersprüchen. Indira Gandhi stützte einige Zeit eine Übergangsregierung unter Charan Singh, ehe sie diese fallen ließ und 1980 einen beeindruckenden Wahlsieg erzielte, indem sich die Kongreßpartei als Bewahrerin der Einheit Indiens präsentierte. Indiras Sohn Rajiv hofft nun, diesen Erfolg ein Jahrzehnt später wiederholen zu können. Doch haben die 80-er Jahre auf dem Subkontinent vieles verändert. Die internationale Reputation als starke Kraft der Blockfreienbewegung ist mit deren Bedeutungslosigkeit dahin, politisch war es ein "verlorenes Jahrzehnt", und das ökonomische Desaster hat wohl auch schon begonnen.

Bereits vor der Golfkrise war die wirtschaftliche Misere auf dem Subkontinent unverkennbar. Die langjährige Behauptung, "nur" noch gut 40 Prozent aller InderInnen würden in bitterer Armut leben, mußte inzwischen auch offiziell zurückgenommen werden. Es sind nach wie vor deutlich mehr als die Hälfte, einem weiteren Viertel geht es kaum besser. Lediglich die Mittel- und Oberschichten profitieren von dem nominalen Wachstum der 80-er Jahre. Ihr auf westlichem Niveau angesiedelter Konsumstil wird aber zunehmend eingeschränkt durch eine inzwischen zweistellige Inflation. Der indische Staat kann seine Ausgaben nicht mehr begleichen. Das Haushaltsdefizit wird sich auf deutlich über 100 Milliarden Rupien (etwa 9 Mrd. Mark) erhöhen, die Devisenreserven reichen noch für einen Importbedarf von knapp drei Wochen - ein historisches Tief. Im Januar bewahrte ein Kredit von 1,8 Milliarden Dollar durch den Internationalen Währungsfonds das Land praktisch vor der Zahlungsunfähigkeit. Über weitere 5-6 Milliarden Dollar soll im Juni verhandelt werden. Doch kann ein Land nicht allein auf Pump leben. Wachstums- und Investitionsraten sinken aber, lediglich das Handelsdefizit wird immer größer. "Wenn sich der gegenwärtige Trend fortsetzt, könnte sich der Schuldendienst von jetzt 27 Prozent der Exporterlöse auf 50 Prozent bis Ende der 90-er Jahre

Ein verlorenes Jahrzehnt - politische Dauerkrise in Indien -



Unfallraum für Premierminister (Singh, Shekhar), aus: India Today

erhöhen", befürchtet Professor Bhattacharya vom 'Institute for Economic Growth' in Delhi.

Entscheidende, langfristig angelegte Maßnahmen u.a. in den Bereichen sozialer Reformen, Steuern sowie den teils ineffektiven Staatsbetrieben wären zur Wirtschaftssanierung notwendig. An ihnen hatte es in den vergangenen Jahren gemangelt. Ein erneuter Wahlkampf mit hohen Ausgaben sowie eine neue Regierung, die möglicherweise auch keine deutliche Parlamentsmehrheit hinter sich weiß, wie es Umfrageergebnisse nahelegen, bieten hierfür denkbar ungünstige Ausgangsbedingungen. Doch war Politik in Indien der 80-er Jahre bereits keine Politik des gesellschaftlich Notwendigen, sondern in erster Linie des Machterhalts. Populistische Versprechungen im Sozialbereich und insbesondere die "Kommunalisierung" der indischen Politik sind hierfür

Beispiele. Mit "Kommunalismus" bezeichnet man auf dem Subkontinent die Konflikte zwischen unterschiedlichen Religionen und Ethnien.

Deutlich wird das beispielsweise am Konfliktherd Punjab, dem von Angehörigen der Sikh-Religion dominierten nordwestindischen Bundesstaat. Bereits Indira Gandhi hatte seit Ende der 70-er Jahre versucht, die Sikhs durch Förderung der Fundamentalisten und Separatisten zu spalten, was ihr letztlich selbst zum Verhängnis wurde. Ihr Sohn unterstellte den Punjab - eines der produktivsten Landwirtschaftsgebiete Indiens - der direkten Herrschaft Delhis, anstatt auf die zumindest diskussionswürdigen Anliegen der Sikhs um Land- und Wasserrechte einzugehen. Alle besonnenen Beobachter fordern seit langem Gespräche mit der Sikh-Partei 'Akali Dal' und Neuwahlen, bei denen diese eine

deutliche Mehrheit gewinnen dürfte. Rajiv Gandhi hatte gehofft, mit einer harten Haltung gegenüber den Sikhs die hinduistische Mehrheit (80 Prozent in Indien) hinter sich zu ziehen. Das mißlang. Sein Nachfolger V.P. Singh versprach zwar, auf die Sikhs einzugehen, blieb aber auf Druck der Hindu fundamentalisten der 'Bharata Janatha Partei' (BJP), die seine Minderheitenregierung stützte, passiv.

Der nun gescheiterte Premier Shekhar wagte Ende letzten Jahres ein offenbar produktiv verlaufendes Gespräch mit dem Vorsitzenden der 'Akali Dal'. Was Shekhar allerdings nur den Zorn Rajiv Gandhis eintrug, der seine harte Haltung gegenüber den Sikhs wie auch anderen "abtrünnigen" Gruppen fortsetzen will - es sind bereits vier der 25 indischen Bundesstaaten direkt der Zentralregierung unterstellt. Daß diese sture Politik die Zahl der Toten des Bürgerkriegs im Punjab auf etwa 3800 im vergangenen Jahr verdoppelt hat und die "Balkanisierung" des Subkontinents vorantreibt, interessiert dabei offenbar wenig. Es geht vielmehr um an vermeintlich religiösen Fragen orientierte politische Mobilisierung. Rajiv Gandhi will - wie vor zehn Jahren seine Mutter - den "Retter der Einheit der Nation" verkörpern.

Doch hat der Geist des "Kommunalismus" mit der BJP einen harten Konkurrenten um die Hindu-Stimmen entstehen lassen. Die straff organisierte BJP plant seit dem Regierungswechsel von Singh zu Shekhar ihren Wahlkampf. Es war in Indien klar, daß letzterer nur ein Übergangspremier sein würde. Die BJP bemüht sich mit einer landesweiten, generalstabsmäßig geplanten Kampagne, den Konflikt um den Bau eines hinduistischen Tempels in der Stadt Ayodhya, wo derzeit eine Moschee steht, weiter schwelen zu lassen. Damit hatte sie bereits den Sturz der Regierung Singh verursacht. Die BJP hat ihre Bastionen im bevölkerungsreichen, nordindischen hinduistischen Kernland, wo die Wahlen auf dem Subkontinent entschieden werden. Hier hatte die Kongreßpartei bei den letzten Wahlen einen massiven Einbruch erlitten, doch basierte der damalige Erfolg der BJP, die 1989 nur elf Prozent der Stimmen erzielte, in erster Linie auf Wahlkreisabsprachen mit der 'Nationalen Front' unter Singh. Auf sich allein gestellt ist eine Wiederholung des BJP-Erfolgs fraglich. In jedem Fall dürfte sie der Kongreßpartei traditionelle Hinduwähler abnehmen (siehe dazu auch den Beitrag 'Die Verteidigung unseres Dharma' in dieser Ausgabe).

Auf der anderen Seite macht sich Expremier Singh in Kooperation mit den beiden kommunistischen Parteien daran, der sozialreformerischen Rhetorik der Kongreßpartei das Wasser abzugraben. Mit seiner Orientierung auf die armen Bevölkerungsschichten und insbesondere die Kastenlosen zielt Singhs 'Janata Dal' auf ein tra-



Der von Rajiv Gandhi ferngesteuerte Chandra Shekhar, aus: India Today

ditionelles Wählerreservoir der Kongreßpartei. Kommunalwahlen im südlichen Bundesstaat Kerala haben Anfang des Jahrs den Kommunisten einen deutlichen Erfolg über die Gandhi-Partei beschert. Mit seiner streng säkular orientierten Politik mag Singh auch Teile der moslemischen Bevölkerung (elf Prozent) hinter sich ziehen können. Die indischen Moslems waren in der Vergangenheit gleichfalls eine sichere Bank für den Kongreß.

Grundsätzlich bleibt allerdings die Kongreßpartei diejenige politische Formation in Indien, die über die beste Organisation sowie die großzügigste finanzielle Ausstattung verfügt und auf den Mythos des Unabhängigkeitskampfes unter Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru, den Großvater Rajivs, zurückgreifen kann. Insbesondere bei den politisch weniger bewußten WählerInnen sind das alles wichtige Pluspunkte. Von daher wäre ihr durchaus ein erneuter Wählerfolg zuzutrauen, auch wenn Rajiv Gandhi als machtpolitischer Statthalter in Delhi gegenüber dem überraschend souverän regierenden Shekhar verblaßte und er ihn deshalb auch so schnell zu Fall gebracht hat. Shekhar selbst müssen die geringsten Wahlchancen eingeräumt werden, da er über prak-

tisch keine Organisation verfügt und sich seine Anhänger auf der Suche nach neuen Posten leicht von den Kräften Gandhis und Singhs werden aufsaugen lassen.

Allgemein dürfte keine Wahl in der indischen Geschichte so offen sein wie die kommende. Beste Aussichten bestehen vermutlich, die instabile politische Situation in Indien auch über die Neuwahlen hinaus festzuschreiben. Kommentatoren in der indischen Presse bezweifeln überwiegend einen deutlichen Wahlausgang. Es bestünde die Möglichkeit, mittelfristig Minderheitsregierungen und schnell erneute Wahlen zu erleben. Abstrakt gedacht mag das zwar zur Reifungs- bzw. Bewährungsprobe einer Demokratie gehören, wie das Nachrichtenmagazin 'India Today' feststellte. Konkret auf die indische Situation gedacht ist allerdings ein Szenario, wo sich Wirtschaftskrise und "Kommunalismus" zur weiteren Eskalation des demokratischen Systems in Indien gegenseitig hochschaukeln, mindestens so wahrscheinlich.

Frank Braßel

(weitere Informationen zu den anstehenden Wahlen in Indien befinden sich auf den 'gelben Seiten')